

Niederschrift SA/020/2024

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Schulausschusses
der Stadt Rheine
am 20.03.2024

Die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzende
Herr Sascha Drescher	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied
Herr Jens Krage	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Claudia Kuhnert	fraktionslos	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied
Herr André Schaper	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Frau Ulrike Stockel	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied
Herr Lars Wever	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Doris Hasenkamp-Jakob	Ausschussmitglied Vertreter der kath. Kirche
Frau Dorit Tönjes	Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat

Frau Linda Rezmer		Sachkundige Einwohnerin f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Frau Cornelia Baars		Sprecherin der Stadtschulpflegschaft
Frau Maja Dirks		Stadtschüler/-innenvertretung
Frau Emine Dursun	SPD	Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat - ab 18:30 Uhr (TOP 9) abwesend

Vertreter:

Herr Heinz-Jürgen Jansen	DIE LINKE	Ratsmitglied
--------------------------	-----------	--------------

Gäste:

Frau Beatrix Meyer		Sprecherin der Grundschulen
Frau Sandra Matzelle		Sprecherin der Stadtschulleiterkonferenz

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke		Leiterin Fachbereich 8
Frau Marica Mrozek		Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Janine Heile-Limberg	FDP	Ratsmitglied
Herr Abdeslam Nordine	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Eckhard Roloff	SPD	Ausschussmitglied Vertreter der ev. Kirche
---------------------	-----	--

Herr Gude eröffnet die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine.

Zu Beginn formuliert er mitfühlende Worte zum Tod von Udo Mollen. Die Mitglieder erheben sich zu einer Schweigeminute.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung am 25.01.2024

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungsvorschläge vorgetragen.

2. Informationen der Verwaltung

Herr Gude schlägt vor, im Anschluss an den Schulausschuss am 17.09.2024 einen gemeinsamen Abend zu verbringen. Es werden keine Gründe vorgetragen, die gegen diesen Termin sprechen würden. Herr Gude werde sich dazu mit Herrn Gausmann und Frau Matzelle weiter abstimmen.

Es wird erneut die Diskussion zu den Abordnungen der Lehrenden aufgenommen. Frau Matzelle fasst zusammen, dass es über die Abordnungen hinaus noch weitere Maßnahmen gebe, die notwendig seien, um das vorhandene Personal gleichmäßiger zu verteilen. Die weiteren Entscheidungen bleiben abzuwarten.

3. Einwohnerfragestunde

Bürgerin 1 stellt die Frage, wie der Erlass des Verkehrsministeriums zur Schulspernung umgesetzt werden solle. Dazu möchte Sie beispielsweise wissen, ob auch mehrere Straßen an einer Schule gesperrt werden könnten, wie schnell die Maßnahmen umsetzbar seien und wie die konkreten Regelungen aussehen sollen.

Herr Gausmann verweist auf die Informationen. Der Antrag der Grünen sehe vor, dass es zwei Pilotschulen geben solle. Grundsätzlich könne sich die Verwaltung auch mehrere Schulen vorstellen. Es wird noch geprüft, an welchen Schulen eine Straßenspernung sinnvoll und abbildbar sei. Im Laufe des Aprils werde noch eine Informationsveranstaltung seitens der Straßenverkehrsbehörde und dem Ministerium stattfinden. Mit den Informationen könnten eventuell einige Detailfragen geklärt werden, welches eine zeitnahe Umsetzung ermöglichen könnte. Es bestehe jedenfalls das Interesse, die Maßnahmen in verkehrsprblematischen Zonen schnellstmöglich zu verwirklichen.

4. Benennung eines beratenden Mitgliedes der Stadtschüler/-innenvertretung in den Schulausschuss
Vorlage: 103/24

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage.

Herr Gude bedankt sich im Namen des Schulausschusses für die Zusammenarbeit bei Maja Dirks, die damit Ihre Tätigkeit im Schulausschuss niederlegt.

Beschluss:

Der Schulausschuss beschließt, dass mit Wirkung vom 21.03.2024 Herr Orlando Maier als sachverständige Person für die Stadtschüler/-innenvertretung an den Sitzungen des Schulausschusses teilnehmen soll. Eine Vertretung ist noch zu bestimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Tätigkeitsbericht der Koordinationsstelle Schulsozialarbeit
Vorlage: 106/24

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein. Er unterstreicht die Menge der Ressourcen, die die Stadt Rheine für die Schulsozialarbeit aufbringt. Auf dem Papier sei die Stadt Rheine dazu nicht verpflichtet. Es handle sich um eine „Freiwillige Leistung“. Dem Begriff der Freiwilligkeit widerspricht Herr Gausmann. Er bezeichnet es als „zielführende Leistung“. Hintergrund sei, dass die Maßnahmen langfristig notwendig seien, um Vorarbeit im Rahmen der Hilfe zur Erziehung zu leisten und Folgekosten zu vermeiden.

Herr Gude stimmt den Aussagen des Beigeordneten zu. Er betont, dass es sich um notwendige Aufgaben handle und dass das Land an dieser Stelle Kosten übernehme müsste. Er appelliert politisch mehr darauf hinzuwirken.

Frau Möllers stellt die Genese der Vorlage dar.

Frau Matzelle lobt die gute Zusammenarbeit und die positiven Auswirkungen der Schulsozialarbeiten. Die Fraktionen schließen sich dem an und fordern ebenfalls, dass diese notwendigen Aufgaben als Pflichtaufgaben angesehen werden müssten.

Herr Krage hofft, wenn kommunale Aufgaben durch das Startchancenprogramm in der Differenzierung abgenommen werden könnten, dass die bisher zur Verfügung stehenden Mittel weiterhin im Schulbereich bleiben und für weitere Projekte verwendet werden könnten.

Frau Dursun, Vertretung des Integrationsrats, ärgert sich darüber, dass am Startchancenprogramm nur wenige Schulen aufgrund des Sozialindex teilnehmen können. Sie möchte wissen, ob der Schulträger noch Möglichkeiten hat, etwas an den Förderrichtlinien zu ändern. Außerdem stellt sie heraus, dass die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter einen anderen Zugang zur Schülerschaft hätten als die Lehrkräfte und somit andere Möglichkeiten beständen, um auf die Betroffenen einzugehen.

Frau Matzelle berichtet, dass es immer wieder neue Problemlagen gebe, denen mit Hilfe der Schulsozialarbeit auch präventiv begegnet werden könne. Bezüglich des Startchancenprogramm erklärt Frau Matzelle, dass die Mittel zu 60 % in die Grundschulen fließen und 40 % für die weiterführenden Schulen eingesetzt werden. Weil die Grundschule den Grundstein für den weiteren Bildungsweg legen würden, werde hier mehr Geld eingeplant. Insgesamt gebe es neun

Sozialindexstufen. Es sei überlegt worden, welche Sozialindexstufen, beginnend mit der neunten Stufe, mit den Geldern noch abgedeckt werden könnten. Man bräuchte mehr Geld, um mehr Schulen zu unterstützen. Eine Umverteilung würde dazu führen, dass die Schulen mit sehr hohen Sozialindices nicht ausreichend unterstützt werden würden.

Herr Gausmann fügt hinzu, dass die Maßnahmen, die durch das Startchancenprogramm finanziert werden, zusätzlich zu den bisherigen Maßnahmen umgesetzt werden würden.

Frau Reinke weist darauf hin, dass die Arbeit der Schulsozialarbeit in heterogenen Gruppen, wie in den integrativen Systemen und in den Grundschulen, besonders wichtig sei. Daher stellt die CDU-Fraktion den folgenden Antrag:

„Die Verwaltung wird beauftragt für die Grundschulen ein Konzept für die Errichtung von Stellen für Bufdis und FSJler zu entwickeln, um mit dem Schuljahr 2024/25 an den Schulen mit dem höchsten Sozialindex (Michaelschule und Ludgerusschule Schotthock) zu beginnen.“

Auf Nachfrage von Herr Gausmann bestätigt Frau Reinke, dass der Antrag so gemeint ist, dass mit der Michaelschule und Ludgerusschule gestartet werden solle und die Erfahrungen daraus in dem parallel zu erstellenden Konzept miteinfließen.

Frau Dursun ergänzt, dass es hilfreich wäre, möglichst mehrsprachige Ehrenamtler einzustellen. Herr Gausmann führt dazu aus, dass die Freiwilligenarbeit eine Chance sein könnte, Menschen mit Migrationshintergrund an den Lehrerberuf heranzuführen. Mehrsprachigkeit sei jedenfalls ein Mehrgewinn. Deutschkenntnis müssen jedoch in einem ausreichenden Maße vorhanden sein.

Beschluss:

1. Der Schulausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht der Koordinationsstelle Schulsozialarbeit für das Jahr 2023 zur Kenntnis.
2. Antrag der CDU:
„Die Verwaltung wird beauftragt für die Grundschulen ein Konzept für die Errichtung von Stellen für Bufdis und FSJler zu entwickeln, um mit dem Schuljahr 2024/25 an den Schulen mit dem höchsten Sozialindex (Michaelschule und Ludgerusschule Schotthock) zu beginnen.“

Abstimmungsergebnis:

1. Kenntnis genommen
2. einstimmig beschlossen

6. Jahresplanung Umsetzung MEP 2024 Vorlage: 063/24

Frau Gehrke stellt die Genese der Vorlage dar.

Auf Nachfrage von Frau Baars erläutert Frau Gehrke, dass im Zuge der Fortschreibung des Medienentwicklungsplans Workshops in Kooperation mit den Schulleitungen und Medienbeauftragten die Standards gemeinsam festgelegt worden seien. Somit seien alle Regelungen mit den Schulen abgesprochen.

Die Fraktionen äußern sich positiv zum Verlauf des Medienentwicklungsplans.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die Umsetzungsplanung für den Medienentwicklungsplan im Jahr 2024 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

7. Erhaltungsaufwand an städtischen Gebäuden 2024
Vorlage: 090/24

Herr Gausmann stellt die Genese der Vorlage dar. Dabei geht er auf die Nichterreichung des 1,2 % -Ziels („Substanzerhaltungsschwelle“) ein. Dies sei unter anderem auf die Haushaltskonsolidierung und auf mangelnde Personalressourcen zurückzuführen.

Die Fraktionen äußern ihren Unmut darüber, dass das 1,2 % - Ziel wieder nicht erreicht werde und weisen auf mögliche Folgen der Unterschreitung der Substanzerhaltungsschwelle hin. Es müsse nun prospektiv ein Lösungsansatz für das kommende Jahr erarbeitet werden.

Daher formuliert Frau Reinke den folgenden Antrag:

„Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen zum Erhaltungsaufwand der städtischen Gebäude 2024 zur Kenntnis. Er bittet den Bauausschuss den folgenden Beschluss zu fassen: Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung zu den nächsten Haushaltsplanberatungen ein Konzept vorzulegen, aus dem hervorgeht, wie die Zentrale Gebäudewirtschaft personell und wirtschaftlich ausgestattet werden muss, um mindestens das Ziel 1,2 % Erhaltungsaufwand tatsächlich zu erreichen und wie sichergestellt werden kann, dass regelmäßige Renovierungsarbeiten in einem festen Rhythmus an städtischen Schulen stattfinden können.“

Herr Gausmann führt aus, dass die Personalressource notwendig sei, um die erforderlichen Geldbeträge ausgeben zu können. Neben den technischen Ausarbeitungen müssten alle Leistungen durch erheblichen Verwaltungsaufwand ausgeschrieben werden. Daher müsse die vorhandene Struktur verändert und erweitert werden. In den letzten Jahren sei eine Katastrierung der städtischen Gebäude vorgenommen worden. Damit müsste eine automatische Renovierungsstruktur eingerichtet werden.

Beschluss:

1. Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen zum Erhaltungsaufwand der städtischen Gebäude 2024 zur Kenntnis.
2. Der Schulausschuss bittet den Bauausschuss den folgenden Beschluss zu fassen: Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung zu den nächsten Haushaltsplanberatungen ein Konzept vorzulegen, aus dem hervorgeht, wie die Zentrale Gebäudewirtschaft personell und wirtschaftlich ausgestattet werden muss, um mindestens das Ziel 1,2 % Erhaltungsaufwand tatsächlich zu erreichen und wie sichergestellt werden kann, dass regelmäßige Renovierungsarbeiten in einem festen Rhythmus an städtischen Schulen stattfinden können

Abstimmungsergebnis: 1. Kenntnis genommen
2. einstimmig beschlossen

**8. Bericht des Schwimmprojektes „Rheine lernt Schwimmen“
Vorlage: 113/24**

Herr Gausmann stellt die Genese der Vorlage dar. Er informiert, dass die Verwaltung im Schulausschuss im Juni 2023 beauftragt worden sei, zu prüfen, ob mit weniger finanziellen Mitteln das Projekt umgesetzt werden könne. Im Ergebnis seien die Kosten in der Planung trotz 5-Prozentiger Steigerung der Lohnkosten die Gesamtkosten um 5.000 EUR im Vergleich zum Vorjahr gesenkt worden. Das langfristige Ziel, dass alle Kinder die Grundschule als sichere Schwimmende verlassen, sollte im Blick behalten werden. Das Projekt könne fortgesetzt werden.

Herr Schaper ist der Meinung, dass die Schwimmfähigkeit so elementar wie Lesen, Schreiben und Rechnen sein sollte. Das Geld sei gut angelegt. Herr Ortel und Herr Wilp stimmen dem zu.

Herr Krage regt an, dass im Rahmen des Projekts noch weiter geschaut werden solle, wie die Anzahl an Schwimmtrainerinnen und -trainer erhöht werden könne. Eventuell könnten Lehrkräfte, die in den Ruhestand gehen, das Projekt unterstützen. Des Weiteren gebe es viele Lehrkräfte mit der Rettungsfähigkeit. Im Rahmen des Projekts wäre es eine Idee, diese Lehrkräfte hinsichtlich des Schwimmens nachzuqualifizieren.

Frau Meyer erklärt, dass immer mehr Kinder an die Schulen kommen, die gar keine Wassererfahrung haben. Aus diesem Grund werde ein erhöhter Lehrerschlüssel benötigt. Daher sei das Projekt, insbesondere durch die Unterstützung an den Schulen so wichtig.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den 1. Zwischenbericht des Projektträgers zur Schwimm-Offensive „Rheine lernt Schwimmen“ zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

9. Anfragen und Anregungen

Frau Baars informiert darüber, dass eine Elternbefragung zum Thema „Schulwegsicherheit in Rheine“ von der Stadtschulpflegschaft durchgeführt worden sei. Die meisten Hinweise der 1014 teilnehmenden Eltern seien zur Elter Straße, zur Bevergerner Straße und zur Bergstraße erfolgt. Die Auswertung der Umfrage ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Frau Reinke spricht an, dass in der Niederschrift zum letzten Schulausschuss am 25.01.2024 in der Einwohnerfragestunde über Hol- und Bringzonen, bezogen auf die Overbergschule, gesprochen worden sei. Sie betont, dass Hol- und Bringzonen grundsätzlich gewünscht seien und die Schulverwaltung sich auf den Weg machen solle, um zusammen mit den Schulleitungen einheitliche Regelungen zu finden.

Herr Tappe möchte wissen, wie die Situation bezüglich der angekündigten Abordnungen von Lehrkräften aussehe. Außerdem möchte er aufgrund von aktuellen Zeitungsberichten wissen, ob auch in Rheine viele Lehrende den Lehrerberuf aufgrund der Strukturen aufgeben hätten.

Herr Gausmann berichtet, dass sich alle Grundschulleitungen in Personalgesprächen befänden. Sie würden versuchen möglichst Freiwillige zu finden, die sie zur Abordnung benennen können. Die Bezirksregierung habe bisher noch nicht festgelegt, wen es treffen werde. Dies führe zu vielen Unsicherheiten bei allen Beteiligten.

Frau Matzelle vergleicht die Personalsituation an Schulen mit der Situation an vielen großen Firmen. Die Bezirksregierung wisse, dass viele Lehrkräfte sich entpflichten lassen. Dies habe nicht unbedingt mit der aktuellen Situation zu tun, sondern auch damit, dass viele Lehrende abgeworben werden würden, beispielsweise von Universitäten. Das ziehe einen „Rattenschwanz“ mitsich, da wiederum die Schulen pädagogische Kräfte, wie etwa Integrationshelferinnen und -helfer, anwerben würden. Dass Lehrkräfte die Schulen verlassen, sei auf die allgemeine Personallage zurückzuführen.

Frau Reinke trägt zwei Anliegen vor, die sie im Gespräch mit Herrn Hülsmann, Schulleitung der Marienschule Hauenhorst, aufgenommen habe. Zum einen wünsche er sich mehr Transparenz bezüglich des Sachstands zur geplanten Baumaßnahme an der Marienschule. Zum anderen bestehe der Wunsch, dass die an das Schulgelände grenzende Hausmeisterwohnung für den Schulbetrieb freigegeben werde. Das Gelände sei für die Erweiterung der Betreuung notwendig. Zurzeit sei in der Wohnung eine Familie mit Fluchthintergrund untergebracht. Es wird um Prüfung gebeten, ob der Familie eine adäquate andere Wohnung zur Verfügung gestellt werden könne.

Herr Gausmann informiert, dass für die Marienschule eine Machbarkeitsstudie mit unterschiedlichen Varianten durchgeführt worden sei. Der Bauausschuss habe sich für eine Variante ausgesprochen. Im weiteren Prozess werde aus der Machbarkeitsstudie ein Vorentwurf erstellt. Wenn der Vorentwurf fertiggestellt worden sei, müsse ein Architekt ausgeschrieben werden. Dieser beschäftige sich ebenfalls mit der Vorentwurfsplanung. Mit dem finalen Ergebnis der Vorentwurfsplanung werde dann die Kommunikation mit den Schulen eingeleitet. Sobald der Haushalt freigegeben worden sei, könne der Architekt entsprechend ausgeschrieben werden. Gerade werde ein Prozessablauf entwickelt, der den Schulleitungen ebenfalls transparent gemacht werde. Dieser solle enthalten, an welchen Punkten vor, während und nach der Bauphase die Schulleitungen in welcher Form beteiligt werden würden. Die Angelegenheit der Hausmeisterwohnung werde intern mit den zuständigen Stellen besprochen. Eine Alternative für die geflüchtete Familie werde überprüft.

Herr Jansen bezieht sich auf einen Artikel der Münsterländischen Volkszeitung und einen Leserbrief zum Thema der Bekenntnisgrundschulen. Es werde thematisiert, dass die Bekenntnisschulen Kinder mit der entsprechenden Konfession bevorzugt aufnehmen würden. Wenn dies zutrefte empfinde man dies als diskriminierend. Herr Jansen fragt, wie viele Kinder aus dem genannten Grund in den letzten Jahren nicht ihre Wunschschule besuchen konnten.

Herr Gausmann verweist auf das „Preußenkonkordat“. Dies beinhalte unter anderem, dass es staatlichen Bekenntnisschulen geben dürfe, mit entsprechende Regelungen. Nach diesen Regelungen müssten die Bekenntnisschulen in Rheine nach schulrechtlichen Vorgaben ohne Ermessensspielraum handeln. Ablehnungen aufgrund der Konfessionen könnten, wenn überhaupt, nur an Bekenntnisgrundschulen vorkommen, die mehr Anmeldungen als Aufnahmekapazität haben. In diesem Jahr sei dies an keiner Bekenntnisgrundschule vorgekommen. Für die letzten Jahre müssten die Zahlen noch einmal überprüft werden. Die Informationen würden dann im Schulausschuss zur Verfügung gestellt werden.

Anmerkung der Verwaltung: Zum Schuljahr 2022/2023 musste ein Kind aufgrund der bestehenden Regelungen an einer Bekenntnisschule abgelehnt werden und eine andere, nahegelegene Schule besuchen.

Auf Nachfrage von Herrn Wilp erläutert Frau Meyer das System zu den Abordnungen der Lehrkräfte an Grundschulen. Im Kreis Steinfurt seien alle Grundschulen aufgefordert worden, Möglichkeiten zu nennen. Zunächst seien die Freiwilligen abgefragt worden. Hier habe es nicht genügend Meldungen gegeben. Insgesamt müssten 27 Personen genannt werden, die durch 27 Gymnasiallehrende ersetzt werden sollen. Zeitnah sollten die Betroffenen von der Bezirksregierung informiert werden. Zusätzlich sei kreisintern mit Abordnungen zu rechnen. Dies sei ein

gängiges Verfahren, um besonders großen Personalmangel an vereinzelt Schulen zu begegnen. In diesem Jahr sei das Problem jedoch besonders massiv. Das Abordnungsverfahren habe zu viel Streit in den Lehrerzimmern geführt. Es handle sich um Kaskadenversetzungen, die ermöglichen, dass die zu fahrenden Strecken für abgeordnete Lehrkräfte noch fahrbar seien. Gleichzeitig sei dadurch jedoch eine größere Anzahl von Lehrenden betroffen. Das gewählte Verfahren sei daher zu diskutieren.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 18:45 Uhr

Stefan Gude
Ausschussvorsitzender

Marica Mrozek
Schriftführung